

Politik in der Wachstumsfalle

Mit Wachstum aus der Krise oder durch Wachstum in die Krise?

2. bis 4. Juli 2010

Zusammenfassungen der Beiträge

in thematischer Reihenfolge

Effizienz, Suffizienz, Konsistenz Wie wird Wachstum nachhaltig?

Niko Paech

Diverse Krisenszenarien belegen das Scheitern des auf Wachstum und Fremdversorgung basierenden Wohlstandsmodells. Zeit zum Innehalten: Anstelle eines expansiven Weiter-so bietet sich das Konzept einer Postwachstumsökonomie an, die zwar bescheiden dimensioniert, aber langfristig stabil ist. Welchen Beitrag können hierzu das Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzprinzip leisten? Anhand des Klimaschutzdiskurses werden diese Wirkungsprinzipien näher untersucht. Es wird offenkundig, dass sie sich nicht nur hinsichtlich Ursachenbezogenheit, Strukturkonservatismus und systemimmanenter Wirkungsbrüche unterscheiden. Ein oft übersehene, aber umso elementarere Differenz zwischen diesen Prinzipien liegt in der objekt- bzw. subjektorientierten Herleitung von Lösungswegen.

Reform von Wettbewerbs- und Unternehmensrecht. Mit neuen Rahmenbedingungen zu nachhaltigem Wettbewerb.

Dr. Stephan Bannas

Wenn wir umsteuern wollen, wenn wir die Ur-Ursache für unsere Wachstumsideologie beseitigen wollen, wenn wir die Wirtschaft wieder als dem Menschen dienend – nicht als den Menschen beherrschend - definieren wollen, dann müssen wir das Wettbewerbs – und Unternehmensrecht ändern; dann müssen wir die rechtlichen Hebel entfernen, mit denen sich wirtschaftliche Macht konzentrieren lässt. Die Entfesselung der materiellen, verantwortungslosen Gier hat hier, im rechtlich Kleingedruckten ihre Ursache. Wenn wir fragen, wie kriegen wir es hin, dass wir als menschliche Gesellschaften mit unsichtbarer Hand entschleunigen, dass wir spirituelle Freiheit, Glaube an Gott und ein selbstverständliches Leben von Werten nach vorne schieben und die Wirtschaft wieder subsidiär werden lassen, dann ist zentraler Ansatz das Wettbewerbs- und Unternehmensrecht

Radikal betrachtet, sollten wir das Aktien- und GmbH-Recht und ähnliche Rechtsinstitute ersatzlos abschaffen. So wird nur der globalen Verantwortungslosigkeit Vorschub geleistet. Und wir sollten das Recht, eine Marke dauerhaft zu schützen, ebenso abschaffen. So wird nur einer seelenlosen, säkularisierten, global auftretenden Aufmerksamkeitskonzentration Vorschub geleistet.

Im Sinne einer realistischen und auch mehrheitsfähigen Machbarkeit werden im Vortrag einige Wege gezeigt, wie es gelingen könnten, die genannten Ziele auch ohne diese Radikalität zu erreichen.

Lässt sich Wachstumsschrumpfung gerecht verteilen?

Maik Heinemann

In Ermangelung eines allgemein akzeptierten und praktikablen Gerechtigkeitsbegriffs wird zunächst eine Einschränkung der Betrachtung auf ökonomische Ungleichheit vorgenommen. Die Probleme und Unzulänglichkeiten gängiger Maße für Ungleichheit werden kurz diskutiert, bevor einige empirische Befunde zur Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland vorgestellt werden. Auch auf allokationstheoretische Begründungen staatlicher Umverteilung und das Problem der Kapitaleinkommensbesteuerung wird eingegangen.

Die ökonomische Wachstumstheorie ergibt hinsichtlich der Beziehung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und der Verteilung kein einheitliches Bild. Eindeutige Prognosen über die Implikationen verringerten Wachstums für die Primärverteilung sind daher nicht möglich. Jedoch sind aufgrund der Probleme der öffentlichen Haushalte sehr wohl Effekte verringerten Wachstums auf die Sekundärverteilung zu erwarten. Die in der Vergangenheit verfolgte Strategie, Verteilungskonflikte zu Lasten der Zukunft mittels Verschuldung zu lösen, ist zumindest mitverantwortlich dafür, dass aktuell nicht nachhaltige Staatsfinanzen vorliegen. In Verbindung mit tendenziell sinkenden Wachstumsraten resultiert daraus ein Konsolidierungsdruck, der das künftige Ausmaß staatlicher Umverteilung erheblich reduziert und dementsprechende Verteilungswirkungen entfaltet.

Von der Vollbeschäftigungs- zur Tätigkeitsgesellschaft – Wohlstand auch mit weniger Erwerbsarbeit?

Andrea Baier

Die Utopie der Tätigkeitsgesellschaft lautet, dass weniger für den Erwerb und die Warenproduktion gearbeitet wird und im Gegenzug mehr Zeit bleibt für Kreativität und zivilgesellschaftliches Engagement. Obwohl diese Vision stark mit einer Subsistenzperspektive verknüpft ist, kam weder die aktuelle Bedeutung der Subsistenzarbeit noch ihr Potential in der Debatte um die Zukunft der Arbeit vor. Das stellte sich schnell als problematische Leerstelle dar, nur so konnte übersehen werden, dass die unbezahlte Arbeit auch immer schon vereinnahmt wurde. Oft genug dient Subsistenz nur als „Senke für die Emissionsquelle Markt“. Es ist gar nicht so leicht, dafür zu sorgen, dass sie nicht auf ihre Funktion, die Voraussetzungen für die Marktproduktion zu schaffen, reduziert bleibt. „Defensive Subsistenz“ nennen Daniel Dahm und Gerhard Scherhorn das in ihrem gemeinsamen Buch „Urbane Subsistenz“ und meinen damit u. a. die Reparaturleistungen, die die Subsistenzwirtschaft fortwährend erbringt. „Offensive Subsistenz“ wäre demgegenüber eine Praxis, die sich der Vereinnahmung auch zu erwehren weiß – eine unabdingbare Perspektive für eine Gesellschaft, die sich vom Wachstumszwang befreien will.

Gemeinschaftlicher statt privater Wohlstand?

Julio Lambing

In den letzten Jahrzehnten haben sich durch die ökologische Bewegung als auch durch neue Technologien eine Vielzahl von gemeingütersensitiven Wirtschaftsweisen und Geschäftsmodellen entwickelt. Sie können Keimformen einer anderen Wirtschaftsweise sein. Der Vortrag wird, nachdem er Grundzüge der Bewirtschaftung von kulturellen und natürlichen Allmenden skizziert hat, einen Überblick über commonsbasierte und p2p-orientierte Ansätze vorstellen. Worauf kommt es bei ihnen an? Welche Chancen und

Risiken, Stärken und Schwächen finden wir bei ihnen? Wie sind sie ein Beispiel für die Externalisierung von Nutzen? Was können wir von ihnen lernen und was benötigen sie an Unterstützung?

Rückgang ins Paradies?

Geistesgeschichtliche Leitbilder der industriellen Wirtschaft

Klaus Michael Meyer-Abich

Umweltprobleme kann es nur insoweit geben, wie mit Materie gewirtschaftet wird. Bis die Materie in dieser Weise unangenehm aufgefallen ist, hat man die Stofflichkeit der Wirtschaftsprozesse nicht angemessen berücksichtigt. Solange wir nicht krank werden, geht es uns so ähnlich mit dem eigenen Körper, den die meisten Menschen ja auch nur zu 'haben' meinen. Die bloß somatische Medizin kann dementsprechend mit psychosomatischen Krankheiten nichts anfangen. Sowohl die wirtschaftliche als auch die medizinische Verleugnung der Materie als Mutter des Lebens stehen geistesgeschichtlich im Zeichen einer Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies.

Diskussionsrunde

Wohlstand ohne Wachstum –

Wie lässt sich die Agenda aus der Nische in die Breite tragen?

Matthias Miersch

Patentlösungen für diese Fragestellung gibt es sicher nicht. Aus den vielfältigen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte ergeben sich aber unverzichtbare Bausteine:

1. Wir brauchen konkrete Ziele. Begriffe wie Nachhaltigkeit oder „Wohlstand ohne Wachstum“ verkommen im politischen Alltag zu unverbindlichen Floskeln.
2. Das Umdenken muss vor allem im Bildungsbereich ansetzen. Die UN-Dekade 2005-2014 zeigt die Defizite im deutschen Bildungssystem deutlich auf.
3. Die Politik wird neben der Schaffung von Anreizen zur Verhaltensänderung auch einen konkreten Rahmen setzen müssen. Appelle und Selbstverpflichtungen reichen nicht aus, um das dringend notwendige Umsteuern zu erreichen. Das Ordnungsrecht muss eine stärkere Rolle spielen.
4. Ein „Wachstumsentzug“ wird durch eine gerechtere Verteilung des Vorhandenen einen Mehrwert für den überwiegenden Teil der Menschen bedeuten.
5. Die Grundfrage, was Menschen eigentlich glücklich und zufrieden macht, kann für alle gesellschaftlich relevanten Gruppen eine ideale Plattform darstellen.

Alexis Passadakis

Aktuell und in den kommenden Jahren stehen im Zuge der Bearbeitung der Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus in der Bundesrepublik drei wirtschaftspolitische Konzeptionen miteinander im Konflikt: neoliberale Austeritätspolitik (Merkel, EU), schuldenfinanzierter „Krisen-Keynesianismus“ (à la Steinbrück) und links- und/oder öko-keynesianische Wirtschaftspolitik. Wenn auch programmatisch divergierend, so setzen doch alle auf einen neuen Wachstumszyklus. Für eine sozial-ökologische Postwachstumsökonomie gibt es dagegen bisher keine nennenswerte soziale Basis. Nichtsdestotrotz hat die Krise zu Brüchen im hegemonialen Gefüge geführt, so dass nun eine neue Phase wachstumskritischer Debatten möglich ist. Angesichts der dramatischen sozialen Ungleichheit, welche sich nicht nur in der Bundesrepublik durch die Weltwirtschaftskrise weiter verschärft hat, wird es schwierig Akzeptanz für eine solidarische Transformation zu gewinnen, die zu einer Perspektive jenseits des Wachstums führt und eine Schrumpfung der Ökonomie einschließt. Insbesondere dann wenn die Auseinandersetzungen um die Kürzungspakete verloren gehen. Im aktuellen Kürzungsreigen werden nicht zuletzt wichtige soziale Infrastruktur zur Disposition gestellt, die mit die Grundlage für eine

Postwachstumsgesellschaft darstellt (Stichwort: Kahlschlag in den Kommunen; z.B. ÖPNV).

Eine Akteurskonstellation die eine sozial-ökologische Postwachstumsökonomie als Projekt verfolgt, muss

- a.) über plausible Konzepte verfügen. Dazu gehören insbesondere neue makroökonomischen Ansätze. Deren zentraler Angelpunkt muss aber sein, der Angst vor sozialem Abstieg solidarische Mechanismen sozialer Sicherung entgegen zu setzen.
- b.) Eine Akteurskonstellation von Segmenten der progressiven Mittelschicht und prekarierten Gesellschaftssegmenten ist notwendig. Die Entsolidarisierung vieler Segmente der Mittelschicht mit den unteren Lohngruppen insbesondere seit Ende der 90er Jahre (Stichwort: Agenda 2010) ist dabei ein entscheidendes Problem.
- c.) Erforderlich sind zudem „Richtungsforderungen“, die in der öffentlichen Debatte explizit eine Postwachstums-Perspektive lancieren. In diesen muss sowohl eine ökologische als auch sozialen Fortschritt deutlich werden. Darüber ließen sich weitere Akteure für ein Post-Wachstumsprojekt gewinnen.

Die Krise die finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist noch nicht beendet. Stattdessen frisst sich wie ein Schmelbrand weiter durch die Weltwirtschaft. Ein neues Regulationsregime ist nicht in Sicht. Die Regierungen schlingern ohne Kompass durch die Turbulenzen. Neben einer Renaissance links- und/oder öko-keynesianischen Konzepte wird es daher in der nahen Zukunft zahlreiche Anlässe geben eine Postwachstumsorientierung stark zu machen.

Irmi Seidl

Die bisherige durchaus umfangreiche und fundierte Kritik gegenüber der Wachstumsorientierung schmälert in keiner Weise die starke Wachstumsorientierung durch Politik und Wirtschaft. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass zentrale Gesellschafts-, Politik- und Wirtschaftsbereiche sowie Institutionen (z.B. Altersversicherung, Gesundheitswesen) so, wie sie heute gesellschaftlich gestaltet sind, existentiell auf dieser Wachstumsorientierung aufbauen. Folglich müssten diese Bereiche und Institutionen stark umgestaltet werden, um sich vom Wachstumspfad zu lösen. Allerdings wird in verschiedenen Bereichen (z.B. Staatshaushalt und -finanzen) nur schon die Vorstellung eines ausbleibenden Wachstums gänzlich verdrängt, ganz zu schweigen von einer tiefergehenden Beschäftigung mit dem Thema. Eine lange und lebhaftes gesellschaftliche Debatte steht bevor.

Joachim H. Spangenberg

Die gegenwärtigen Krisen können nicht unabhängig voneinander gesehen werden: Noch nie lief so vieles gleichzeitig so schief: es ist ein Multi-Bubble-Trouble. Er beruht auf einem lock-in, einer festgefahrenen Situation in der überfällige Neuerungen durch Interessen, Machtstrukturen und Gewohnheiten blockiert werden.

Hält eine solche Situation zu lange an (und da fehlt nicht mehr viel), dann löst sie sich erst durch einen massiven Zusammenbruch, einen Kollaps. Dieser kann nur vermieden werden, wenn es gelingt kleinere Friktionen auszulösen, die die Erstarrung der Gesamtsituation aufheben, sie wieder „fluide“ machen.

Dazu ist es notwendig, sowohl die verheerenden Folgen des Nichthandelns aufzuzeigen, als auch die Möglichkeiten diese zu vermeiden – also, so unbequem es auch sein mag, das kleinere Übel zu wählen (den Zeitpunkt einer schmerzfreien Transition haben wir wahrscheinlich verpasst). Dann braucht es couragierte Politik, die dem öffentlichen Druck nicht nachgibt und der öffentlichen Erkenntnis einen Schritt voraus ist. Für NRO heißt das, machbare Konzepte zu propagieren von denen in den nächsten Krisen deutlich wird dass, wäre man ihnen gefolgt, die Probleme geringer wären. Nur so kann die

Blockade brechen ohne dass Ratlosigkeit, Verzweiflung und irrationale politische Trends die Folge sind.

Solche Konzepte müssen radikal sein (d.h. an die Wurzel der Probleme gehen), ambitioniert (d.h. problemlösen in geeigneten Zeithorizonten) und realistisch, d.h. auf Ängste der Bevölkerung eingehen und soziale, wirtschaftliche und Umweltziele integrieren. Dann gilt es zu kommunizieren, Begriffe zu besetzen, Botschaften zu formulieren.

Nachhaltiger Konsum der Zukunft wird nicht mehr heißen freiwillig auf vorhandene Konsumoptionen zu verzichten, sondern mit der besseren Verteilung und gemeinsamen Nutzung des begrenzten Vorhandenen allen Mitbürger/inn/en ein menschenwürdiges Leben zu sichern.